



# Konsumenten mischen die Landwirtschaft auf

Zwei Initiativen gegen Pflanzenschutzmittel setzen die Bauern gehörig unter Druck. Bauernpräsident Thomas Roffler und Bio-Grischun-Präsident Claudio Gregori über Sinn und Unsinn des Verbots.



Keine Pestizide: Zwei Volksinitiativen fordern einen Stopp der Pflanzenschutzmittel in der Landwirtschaft.

Bild Keystone



### von Pierina Hassler

**D**ie Volksinitiative «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung», kurz Trinkwasserinitiative, ist Ende Februar mit 113'979 gültigen Unterschriften der Bundeskanzlei in Bern eingereicht worden. Die Initiative verlangt, dass nur noch diejenigen Landwirtschaftsbetriebe Direktzahlungen erhalten, die keine Pflanzenschutzmittel einsetzen. Die in ihrer Tierhaltung ohne prophylaktische Antibiotikaeinsätze auskommen. Und die nur so viele Tiere halten, wie sie ohne Futtermittelimporte ernähren können.

Die zweite Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide» wurde am 25. Mai in Bern eingereicht. Laut dem Initiativkomitee «future 3.0» wurden total 145'099 Unterschriften gesammelt. Dies übrigens ganz ohne Unterstützung von etablierten Parteien. Die Initianten verlangen eine radikale Abkehr von synthetischen Pes-

tiziden. Und in den Verkauf soll nur kommen, was ohne Pflanzenschutzmittel wächst.

### Die Ernte geht zurück

Die beiden Initiativen mischen die Landwirtschaft gehörig auf. Der Schweizer Bauernverband (SBV) warnt, ohne Pestizide würden die Ernten um 20 bis 40 Prozent zurückgehen. In schlechten Jahren sogar um 50 Prozent. Der SBV sagt auch, ein sorgfältiger Umgang mit Pflanzenschutzmitteln sei zwar wichtig, doch die Initiative «Für eine Schweiz ohne Pestizide» verkenne sowohl die Realität der Landwirtschaft wie auch die der Konsumenten. Wurmstichige Äpfel oder Salate mit Blattläusen würde beispielsweise niemand kaufen, so der SBV. Und ohne Pestizide würde eben genau das passieren.

Die beiden Initiativen treffen aber den Zeitgeist. Umweltschutzorganisationen zeigen in aktuellen Studien auf, dass die Zahl der Insekten um drei

Viertel zurückgegangen ist. Agrarwissenschaftler, Toxikologen und Biologen vermuten dahinter die intensive Landwirtschaft. Solche wissenschaftlichen Abhandlungen wirken auf die Konsumenten glaubhaft. Deshalb setzen immer mehr auf nachhaltig produzierte Lebensmittel. Und sind auch bereit, dafür mehr zu zahlen.

### Zwei Präsidenten

Graubünden ist das Bioland schlechthin. Total gibt es im Kanton 2250 landwirtschaftliche Betriebe – über die Hälfte sind Biobauernhöfe. Und weil Graubünden einerseits «Schweizer Meister» im Biobauern ist, andererseits aber auch ein Kanton der konventionellen Bauern, sind die Initiativen für den Kanton von Bedeutung. Grund genug, dem Bündner Bauernpräsidenten Thomas Roffler und dem Bio-Grischun-Präsidenten Claudio Gregori drei Fragen über Sinn und Unsinn der zwei Volksbegehren zu stellen.



## Drei Fragen an ...

# Claudio Gregori

**Präsident**  
 Bio Grischun



### 1 Beide Initiativen richten sich gegen die konventionellen Bauern. Etwas unfair, oder?

Es geht nicht gegen die konventionelle Landwirtschaft oder für den Biolandbau. Und die Zeit, in der man sich bekämpft, ist hoffentlich vorbei. Die Initiativen widerspiegeln jedoch Anliegen unserer ganzen Gesellschaft. Aber natürlich treffen diese Anliegen im Prinzip bei der Biolandwirtschaft auf Sympathien. Es stehen jedoch noch ein paar wichtige Fragen offen, bevor man dazu klar Stellung nehmen kann. Der Begriff «Pestizide» muss beispielsweise noch genau definiert werden. Denn auch im Biolandbau werden natürliche und biologische Pflanzenschutzmittel eingesetzt, und das muss weiterhin möglich sein.

### 2 Die Trinkwasserinitiative will, dass nur noch Direktzahlungen erhält, wer pestizidfrei produziert. Das

### bevorzugt klar die Biobauern.

Eine Koppelung von Pestizideinsatz und Direktzahlungen würde tatsächlich zum Bioland Schweiz führen. Es würde bedeuten, dass viele Landwirte zur Biolandwirtschaft gezwungen würden. Für mich der falsche Weg. Auch muss man die Direktzahlungen differenziert betrachten. Viele davon sind Abgeltungen für ökologische Leistungen zugunsten unserer Gesellschaft. Natürlich wünsche ich mir ein Wachstum im Biolandbau, jedoch über andere Anreize. Wenn der Konsum von Bioprodukten weiter steigt, werden am Markt gute Preise realisiert, der Biolandbau wächst dann automatisch. Das zeigt auch, dass der Stimmbürger im Laden sehr grossen Einfluss auf Produktionssysteme haben kann.

### 3 Aus Sicht der Konsumenten können beide Initiativen gut – wer befürwortet denn schon Pestizide? Wo liegt das Problem?

Wer diesen Initiativen zustimmt, müsste konsequenterweise schon jetzt nur Bioprodukte kaufen. Die Besteuerung von Schäden an unserer Umwelt (Verursacherprinzip) wäre ein sinnvollerer Ansatz, um die Anliegen der Initiative zu unterstützen. Ich denke auch, dass ein stetiges, moderates Wachstum im Biolandbau gesünder ist als ein Hype mit Zwang. (hap)



## Drei Fragen an ...

# Thomas Roffler

**Präsident**  
 Bündner Bauern-  
 verband



### 1 Beide Initiativen richten sich gegen die konventionellen Bauern. Etwas unfair, oder?

In meiner Beurteilung geht es weniger um fair oder unfair, sondern um die Frage, ob die zwei Initiativen überhaupt nötig sind. Wir Bauern haben heute schon sehr strenge Richtlinien und Auflagen. Diese zwei Initiativen würden den Handlungsspielraum weiter einschränken. Die Anforderungen von Handel und Konsumentinnen und Konsumenten bezüglich Produktqualität sind sehr hoch.

**2 Die Trinkwasserinitiative will, dass nur noch Direktzahlungen erhält, wer pestizidfrei produziert. Das bevorzugt klar die Biobauern.** Das geht entschieden zu weit, denn das Direktzahlungssystem ist kein Spielfeld für irgendwelche politischen Experimente. Das Direktzahlungssystem enthält ganz unterschiedliche Ansätze und

Ziele. Da spielen Erfahrung, Forschung und Ausbildung eine Rolle. Aber auch die Topografie, die dezentrale Besiedelung und die Strukturentwicklung. Bedeutend und zentral sind aber auch die Alpen ein Bestandteil dieser Zahlungen. Diese Werte sind gerade in unserem Kanton unglaublich wichtig. Die Initianten sind sich dieser Entwicklungen viel zu wenig bewusst. Die Landwirtschaft muss in ihrer Gesamtheit beurteilt werden.

### 3 Aus Sicht der Konsumenten tönen beide Initiativen gut – wer befürwortet denn schon Pestizide? Wo liegt das Problem?

Das Problem ist der Inhalt. Wobei diese zwei Initiativen keine Ausnahme sind. In der heutigen Zeit haben viele Initiativen einen attraktiven Titel, aber einen schwer verdaulichen Inhalt. Und der macht die Umsetzung sehr problematisch. Zum Glück kauft das Schweizer Volk aber die Katze nicht im Sack an der Urne, sondern entscheidet differenziert. Beide neuen Initiativen führen zu strengeren Auflagen und mehr Kontrollen in der Landwirtschaft. Von beidem haben wir in unserem Land aber mehr als genug. Deshalb sind beide Volksbegehren kein konstruktiver Weg. Es gibt in der Agrarpolitik bessere Entwicklungsschritte als diese beiden Initiativen. (hap)



## Tageskommentar

# Biobauern profitieren



von **Pierina Hassler**  
 Redaktorin

Die Trinkwasserinitiative und die Initiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide» polarisieren. Die Konsumenten freuen sich auf «saubere» Lebensmittel. Das ist mit ein Grund, weshalb die Unterschriften so rassig zusammengekommen sind. Hinter keinem der Begehren steht eine grosse Organisation, sie sind im ursprünglichsten Sinne des Wortes Volksbegehren. Die konventionellen Bauern ärgern sich über die Initiativen. Denn sie setzen sie ziemlich unter Druck. Die Trinkwasserinitiative ist sogar mit den Direktzahlungen gekoppelt. Wer also nicht auf Pestizide verzichten

will, soll vom Staat kein Geld mehr erhalten.

Der Bündner Bauernpräsident Thomas Roffler sagt: «Das geht entschieden zu weit, das Direktzahlungssystem ist kein Spielfeld für irgendwelche politischen Experimente.» Die Bauern warnen die Konsumenten aber auch vor teureren Lebensmitteln, falls dann ein Ja herauschauen würde. Profitieren von den Initiativen würden hingegen die Biobauern. Trotzdem sagt Bio-Grischun-Präsident Claudio Gregori: «Eine Koppelung von Pestizideinsatz und Direktzahlungen würde zwar tatsächlich zum Bioland Schweiz führen. Es würde aber bedeuten, dass viele Landwirte zur Biolandwirtschaft gezwungen würden.» Und das findet Gregori nicht gut.

Streng genommen würde es beide Initiativen gar nicht brauchen: Es gibt den Aktionsplan Pflanzenschutzmittel des Bundes. Und die Forderung nach nachhaltiger Produktion steht in der Bundesverfassung. Nur: Es passiert zu wenig. Die Konsumenten haben vielleicht nicht das Expertenwissen der Agromomen, aber sie haben einen Wunsch: Lebensmittel, die möglichst nachhaltig produziert werden. Wenn sie das Gefühl haben, es gäbe nur schöne und teure Aktionspläne, die aber keine Auswirkungen hätten, wächst die Zustimmung zu radikalen Initiativen. Das muss den konventionellen Bauern zu denken geben.



Kontaktieren Sie unseren Autor zum Thema:  
[pierina.hassler@somedia.ch](mailto:pierina.hassler@somedia.ch)